

Der Markt: Ungerecht, aber hilfreich?

Stefan Hradil

Die Ungleichheit der Einkommen und der Vermögen hat in Deutschland, wie in den meisten entwickelten Ländern, seit mehr als 30 Jahren zugenommen. Die Mehrheit der Bevölkerung hält diese Entwicklung nicht für gerecht. Daran ändert auch nichts, dass die Verschärfung der Einkommensungleichheit hierzulande seit 10 Jahren stagniert, weil immer weniger Menschen arbeitslos sind. Was öffentliche und politische Reaktionen betrifft, so gab es zwar Proteste, insbesondere gegen die Zunahme von Armut und Reichtum. Und mindestens zwei Parteien haben ihre Wahlkämpfe der letzten Zeit auf die Verbesserung „Sozialer Gerechtigkeit“ hin ausgerichtet. Aber an der Wahlurne haben sich diese politischen Zielsetzungen nicht ausgezahlt. Große Teile der Öffentlichkeit missbilligen zwar die wachsende Ungleichheit, reagieren aber mit Achselzucken auf das Auseinanderrücken des Oben und Unten. Offenbar sind vielen Menschen andere Zielsetzungen wichtiger. Und im Übrigen werden soziale Ungleichheiten privat abgearbeitet.

In dieser Situation stellen sich Sozialwissenschaftlern klassische Fragen, die selten so aktuell wie heute waren: Welche Ungleichheiten werden von wem als ungerecht empfunden? Ungeachtet dieser subjektiven Einschätzungen: Inwiefern hat die wachsende Ungleichheit negative Folgen, ist also schädlich? Aber auch umgekehrt fragt sich: Inwieweit sind soziale Ungleichheiten nützlich? Welche Ungleichheiten werden gar gebraucht, ob sie nun als gerecht oder ungerecht gelten? Welche Ungleichheiten sollten also bekämpft werden, und welche eben nicht?



Prof. em. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil

Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Soziologie

Steffen Mau & Nadine M. Schöneck (Hrsg.):
(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten. edition suhrkamp

(Un-)Gerechte
(Un-)Gleichheiten
Herausgegeben von
Steffen Mau und
Nadine M. Schöneck
edition suhrkamp
SV

Die Besonderheiten des Buchs

Diesen Grundfragen der Sozialstrukturanalyse stellt sich der von Steffen Mau und Nadine M. Schöneck herausgegebene Suhrkamp-Band mit dem etwas sperrigen Titel „(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten“. Er enthält 19 kurze, durchweg allgemein verständlich geschriebene Beiträge. Die Autoren sind öffentlich bekannte Vertreter der Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft. Diese Autorenauswahl hat den Vorteil, dass solche Verfasser üblicherweise nicht nur in der Lage sind, Komplexes einfach darzustellen. Sie verfügen auch über sozialwissenschaftlich informierte Meinungen und vertreten diese prononciert.

Ein großer Teil der Beiträge ist paarweise als Rede und Gegenrede angeordnet, zum Beispiel „Besteuert die Erben!“ (Jens Beckert) und „Hände weg vom Erbe!“ (Thomas Straubhaar) oder „Warum der Sozialstaat in die Ellenbogengesellschaft führt“ (Rainer Hank) und „Warum der Kapitalismus den Sozialstaat braucht“ (Stephan Lessenich). Der Band richtet sich offenkundig an ein breites Publikum. Er ist darauf angelegt, durch Thesen und durch die Gegensätzlichkeit der Meinungen wachzurütteln. Er dient so eher als Weckruf denn als Lehrbuch. Er vermittelt nur in Grenzen Grundlagenwissen und systematisch geordnete Befunde, zeigt aber gerade wegen seiner Meinungsfreudigkeit oft weit gespannte Zusammenhänge auf.

Die Diktionen und die „Genres“ der Beiträge fallen unterschiedlicher aus, als es die oben skizzierte gemeinsame Fragerichtung und die einheitliche Strategie zur Autorenauswahl nahelegt. Da finden sich beispielsweise um Ausgewogenheit bemühte Texte wie zum Beispiel die „Einleitung“ und „Die halbierte Meritokratie“ (beide von Steffen Mau) sowie „Demokratie und Gleichheit“ (Paul Nolte), denen dann freilich das Thesenhafte und manchmal sogar das Entschiedene abgeht. Ihnen stehen bewusste Streitschriften gegenüber wie „Die Ungleichheit der Märkte“ (Sighard Neckel) oder „Ungleichheit als Krankheit der Demokratie“ (Wolfgang Merkel), die dann aber nicht selten sachliche und fachliche Fragen aufwerfen. Die Leser(innen) finden einen aufschlussreichen Forschungsbericht qualitativer Soziologie „Gerechtigkeit in Paarbeziehungen“ (Cornelia Koppetsch) und einen klugen juristischen Fachaufsatz „Frauenquoten...“ (Ute Sacksofsky). Die Leser(innen) stoßen auf eine ebenso überraschende wie bedenkenswerte These „Wie der Kampf gegen Ungleichheit diese reproduziert“ (Hartmut Rosa), aber auch auf eine abwegige Behauptung „Mehr Bildung, größere Ungleichheit“ (Richard Münch hat sich die These ausgedacht, dass es sich bei den Bildungsoffensiven der jüngeren Vergangenheit um neoliberale, gesellschaftszersetzende Veranstaltungen handelt). Gerade den Lehrpersonen unter den Leser(inne)n wird die Entgegnung darauf „Mehr Bildung, größere Gleichheit“ gut tun. Denn die Verfasserin Jutta Allmendinger kennt im Unterschied zu ihrem Kontrahenten die neueren empirischen Befunde und weiß zum Beispiel, dass die „Generation Praktikum“ derzeit ausläuft.

Die Heterogenität der Beiträge mag Wissenschaftler befremden, die an akademische Sammelbände gewöhnt sind. Aber gerade die anstößige Verschiedenartigkeit könnte helfen, einen breiteren Leserkreis aus der Teilnahmslosigkeit zu locken, die viele Politiker und die meisten Sozialwissenschaftler problematisch finden. Ich kann mir niemanden vorstellen, der sich bei der Lektüre dieses Bandes langweilt.

Der Band zeigt mit Sicherheit, wie vielfältig, gedankenreich und gegensätzlich die Positionen von Sozialwissenschaftlern zur Gerechtigkeit von sozialer Ungleichheit sind. Er regt hoffentlich dazu an, selbst Position zu beziehen. Gleichwohl wäre ein lesbarer Einführungsbeitrag hilfreich gewesen, der verlässliche Grundinformationen zur Ent-

wicklung sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit vermittelt. Ohne ihn wird sich bei vielen Leser(inne)n ein Eindruck vertiefen, der in der Öffentlichkeit ohnehin verbreitet ist: Demnach haben die Sozialwissenschaften außer interessantem Meinungsstreit wenig zu bieten, schon gar nicht kumulierte gesicherte Erkenntnisse.

Bedenkt man den selbstgestellten Anspruch der Herausgeber, so fällt auf, dass im Band von (Un-)Gerechtigkeit viel, von den Folgen sozialer Ungleichheit dagegen selten die Rede ist, von ihren schädlichen Folgen immerhin gelegentlich, von nützlichen Folgen praktisch überhaupt nicht. Das ist schade, denn man wüsste beispielsweise gerne, ob die politische und gesellschaftliche Desintegration fortschreitet, wie sich die wachsende Ungleichheit im persönlichen Leben der Menschen äußert, ob es wirklich stimmt, dass die wachsende Ungleichheit zwischen Nord- und Südeuropa, die ungleichheitsvermehrenden Arbeitsmarktreformen und die höheren Vermögensrenditen – wie oft behauptet – zur derzeit positiven Investitions- und Beschäftigungssituation in Deutschland beigetragen haben.

Immerhin beklagt Heinz Bude, wie immer wortgewaltig, die gesellschaftliche Desintegration in seinem Beitrag „Brennpunkte sozialer Spaltung“, bleibt aber dafür empirische Belege schuldig. Den zunehmenden politischen Fatalismus der unteren Schichten belegt Wolfgang Merkel durchaus, tischt den Lesern als Ursache aber das arg vereinfachte, die Möglichkeiten der Politik weit überschätzende Bild einer internationalen Verschwörung hin zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik auf. Dass die Ablösung der nachfrageorientierten Politik angesichts ihrer sinkenden Erfolge in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit und zunehmender Globalisierung erfolgte, erwähnt er nicht. Was die Probleme im persönlichen Leben der Einzelnen angesichts wachsender Ungleichheit betrifft, so skizziert Steffen Mau wenigstens die wichtigsten Befunde des einschlägigen Buchs „The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone“ von Wilkinson/Pickett (2009)¹, reklamiert sie aber nur für den Fall „übermäßiger“ Ungleichheit. Wo die beginnt, verrät er nicht.

Die wachsende soziale Ungleichheit und ihre Folgen

Wenn Formen sozialer Ungleichheit entstehen, die – wie wachsende Armut, Massenarbeitslosigkeit, Kapitalkonzentration und explodierende Managereinkommen – quer durch das politische Spektrum als ungerecht angesehen werden, dann erwarten viele Sozialwissenschaftler reflexartig Proteste der Bevölkerung und politische Instabilität bis hin zum Zerfall der Gesellschaft. Die letzten dreißig Jahre zeigten, dass diese Folgen nicht eintraten. Die Proteste hielten sich in Grenzen, auch in dem Sinne, dass sie sich auf bestimmte politische Milieus und interessierte Institutionen konzentrierten. Kritische politische Reaktionen, wie erwähnt auch an der Wahlurne, blieben weitgehend aus.

Politisch relevante Folgen hatte die wachsende Ungleichheit vor allem in Gestalt des zunehmenden Fatalismus der neuen Unterschichten von Arbeitslosen, niedrig Qualifizierten und prekär Beschäftigten. Diese politische Abstinenz kam wohl weniger durch die niedrigen Einkommen an sich, sondern durch das zutreffende Gefühl dieser Menschen zustande, ökonomisch überflüssig zu sein und keine Aufstiegsmöglichkeiten zu haben. Wenn dies richtig ist, dann bleibt abzuwarten, inwieweit die sich derzeit verbessernden Arbeitsmarktchancen auf die politische Partizipation auswirken werden.

Wie erwähnt wurden die Folgen wachsender sozialer Ungleichheit in Deutschland nicht politisch, sondern weitgehend privat abgearbeitet. So versuchten Arme, Bezieher

von Niedrigeinkommen und Langzeitarbeitslose sich einzurichten, so gut es ging. Wenn Pierre Bourdieus Theorem vom Habitus der Arbeiterklasse irgendwo zutraf, dann hier und sehr viel weniger in der Arbeiterschaft. Anders als viele Sozialwissenschaftler annehmen, war der Blick der Benachteiligten auf den Reichtum, sagen wir plakativ auf den Ferrari vor der Villa, selten von Neid, Wut und Protest, aber oft von Faszination geprägt. Auch das kann eine Gesellschaft zusammenhalten.

(Noch?) nicht eingetreten sind bislang die von Wilkinson / Picket (2009) durch internationale Vergleiche prognostizierten Folgen wachsender Ungleichheit auf das persönliche Leben der Menschen, zumindest in Deutschland. Hierzulande gibt es zwar immer mehr psychische Erkrankungen. Aber man wird nicht fehlgehen in der Vermutung, dass sie mehr mit der allgemein wachsenden Belastung im Arbeits- und Privatleben zu tun haben, die ironischerweise oft mit wachsenden Freiheitsgraden einher geht, und durch die Klemme zwischen Familienbildung und Karriere gefördert werden als durch die wachsende Ungleichheit. Die Kriminalität erhöhte sich bisher genau so wenig, wie die Lebenserwartung sank. Es mag ja sein, wie dies Steffen Mau in seinem Beitrag andeutet, dass es Schwellenwerte wachsender sozialer Ungleichheit gibt, nach deren Überschreiten diese Folgen zu erwarten sind. Aber die sind hierzulande offenkundig noch nicht erreicht. Ob diese Folgen eintreten, wird auch davon abhängen, welche Eigenschaften unsere Gesellschaft dann aufweist, zum Beispiel welches Bildungswesen, welche familien- und sozialpolitischen Einrichtungen, welche Kultur der Nachbarschaft, der Familie etc.

Die Bekämpfung sozialer Ungleichheit

Einigkeit besteht darin, dass bestimmte Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit negative Folgen haben. So gefährden überhöhte Managergehälter die Legitimität des Ungleichheitsgefüges, und die Perspektivlosigkeit der unteren Schichten erzeugt Fatalismus und zersetzt die Demokratie. Da fragt sich, wie wachsende Ungleichheiten bekämpft werden können.

Gewisse soziale Ungleichheiten und ihre negativen Folgen lassen sich *bildungspolitisch* bekämpfen. Dies betont Jutta Allmendinger auch in diesem Band. Mit Bildungsoffensiven setzt man an einer der Ursachen zunehmender Ungleichheit an: Wenn heute einander zu viele gering qualifizierte Menschen und zu wenige qualifizierte auf dem Arbeitsmarkt gegenüber stehen, dann braucht man keine klugen Sozialwissenschaftler, um die Lösung zu finden. Sie heißt mehr Bildung, insbesondere in bislang bildungsfernen Gruppierungen.

Auf diesem Gebiet kursieren Illusionen. So wird das *Messverfahren* der „proportionalen Chancengleichheit“ (alle gesellschaftlichen Gruppierungen sind in dem Maße in allen Stufen des Bildungswesens vertreten, in dem sie in der Bevölkerung vorkommen) als *erreichbares gesellschaftliches Ziel* propagiert, oder gar behauptet, es gäbe Länder, in denen diese Zielsetzung schon erreicht ist. Zwar sind die Frauen mittlerweile in vielen Ländern der Welt im Maße ihres Bevölkerungsanteils auf allen Niveaus des Bildungssystems vertreten, in keinem Land der Welt aber die Kinder aus unteren Schichten. Und es spricht wenig dafür, dass dies möglich werden wird. Solange nämlich die Eltern im Maße ihrer Leistungsfähigkeit und -willigkeit gezielt in Schichten sortiert werden, muss man schon annehmen, dass keinerlei soziale und biologische Vererbung von schulischer Leistungsfähigkeit in Familien stattfindet, oder dass schichtspezifisch ungleiche Bildungsvoraussetzungen vollständig kompensiert werden können, z.B. in

Vorschulen, um das Erreichen proportionaler schichtspezifischer Bildungschancen für möglich zu halten. Das ist offenbar unrealistisch.

Realistisch ist es aber durchaus, die derzeit blamabel hohe soziale Selektivität der Bildungseinrichtungen in Deutschland zu vermindern. Genügend andere Länder haben dies erreicht. Realistisch ist es auch, den Anteil der Schüler weiter zu verringern, die derzeit keinen Abschluss einer allgemeinbildenden Schule erreichen und/oder keine Berufsausbildung absolvieren und so vor miserablen Perspektiven stehen. Darunter befinden sich überproportional viele Jungen. Nur muss sich dazu einiges ändern. In Deutschland wird seit Jahrzehnten viel darüber geredet, aber wenig dazu getan, um mehr in das Bildungswesen zu investieren und so kleinere Klassen und mehr Fördermöglichkeiten zu erreichen.

Die schichtspezifische Chancenungleichheit in Bildungseinrichtungen hat sich hierzulande seit Jahrzehnten kaum verbessert. Darüber wird aber erst seit wenigen Jahren verbreitet öffentlich diskutiert. Und erst seit kurzem besteht ein gesellschaftlicher Konsens, ernsthafte Gegenmaßnahmen zu ergreifen und diese Chancenungleichheit zu verringern. Dabei herrschen moralische Begründungen vor. Es wird dabei viel von Ungerechtigkeit gesprochen. Diese späte moralische Erkenntnis wird doch nicht etwa damit zu tun haben, dass wir infolge der demografischen Entwicklung die Kinder aus unteren Schichten (bzw. aus Migrantenfamilien) jetzt auf dem Arbeitsmarkt benötigen, vor 20 Jahren jedoch nicht wirklich brauchen konnten? Die neue Sehnsucht nach Chancengerechtigkeit wird doch nicht damit zu tun haben, dass erfolgreiche Bildungsaufsteiger in den vergangenen Zeiten überschüssiger Arbeitskräfte die Karrieren von Bürgerkindern gefährdeten, heute jedoch kaum noch? Wenn schon Nutzenkalküle dominieren, dann sollte man sie m.E. nicht moralisch verkleiden.

Wachsende soziale Ungleichheiten und ihre negativen Folgen lassen sich auch *sozialpolitisch* bekämpfen. Dass dies notwendig ist, darin sind sich, mit Ausnahme von Rainer Hank, der den Sozialstaat eher als Weg zur Ellenbogengesellschaft sieht, die meisten Autoren im Band einig. Noch vor einiger Zeit konnte man davon ausgehen, dass die Wirtschaft die Sphäre der Leistungsgerechtigkeit, der Sozialstaat hingegen der Bereich auch der Bedarfsgerechtigkeit ist. So wie die Dinge heute liegen, macht aber die Leistungsgerechtigkeit im Wirtschaftssystem dem Markt Platz, nicht selten auch der Macht. Anders als oft angenommen ist der Markt zwar effektiv und innovativ, aber auch nach Meinung seiner Verfechter leistungsirrelevant. Das System sozialer Sicherheit wird also zunehmend zum Bereich sozialer Gerechtigkeit. Um welche es sich dabei wo handeln sollte, bleibt politisch auszudebatten.

Wachsende soziale Ungleichheiten lassen sich auch *steuerpolitisch* bekämpfen. Die Erhöhung von Steuern, insbesondere zu Lasten der Einkommensstarken und der Begüterten, wird in der politischen Diskussion häufig als Königsweg zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit dargestellt. Deshalb werden im o.a. Band die von den 1990er Jahren erfolgte Herabsetzung des Spitzensteuersatzes und Aufhebung der Vermögenssteuer mehrfach beklagt.

Bei realistischer Betrachtungsweise geraten allerdings sehr schnell Hindernisse auf diesem „Königsweg“ in Sicht. Sie liegen nicht so sehr im Widerstand der Bevölkerung oder in politischen Koalitionen. Befragungen zeigen, dass dafür durchaus Mehrheiten bzw. Koalitionen zu gewinnen wären. Die Hindernisse zeigen sich vielmehr darin, dass die höher zu besteuernenden Bevölkerungsminderheiten der Hochqualifizierten und der Reichen Macht haben. Sie müssen diese Macht gar nicht ausüben. Denn sie sind als Arbeitskräfte und als Investoren unverzichtbar, können aber erhöhten Steuern durch Auswanderung bzw. Auslagerung ihrer Vermögen leicht entkommen. Nicht

nur das Kapital, auch die Qualifikation ist in Zeiten der Globalisierung und der englischen Sprache als „lingua franca“ zum „flüchtigen Reh“ geworden. Bekanntlich hat der französische Staatspräsident François Hollande seine Pläne, den Spitzensteuersatz auf 70% zu erhöhen, sehr schnell fallen lassen, als er registrierte, dass schon die bloße Ankündigung dieser Steuererhöhung eine massive Kapitalflucht in ökonomisch gefährlichen Ausmaß auslöste.

Zudem ist zu bedenken, dass die früher in Deutschland höheren Steuersätze (Spitzensteuersatz 59% und Vermögenssteuer) in aller Regel von Reichen nicht bezahlt wurden. Vielleicht war die Strategie der letzten Jahre so schlecht nicht, die Steuersätze zu senken und gleichzeitig immer mehr Schlupflöcher zu stopfen. Das brachte mehr Geld in öffentliche Kassen und vermittelte zusätzlich den Menschen den Eindruck von mehr Umverteilungsgerechtigkeit als die bloße Erhöhung der nominalen Steuersätze.

Gibt es also keine Chancen der Umverteilung und der nachträglichen Erhöhung von Gerechtigkeit durch Steuererhöhung? Doch, es gäbe schon Chancen, die Steuern auch für Hochqualifizierte und Vermögende zu erhöhen und damit u.a. bessere Vorschulen zu errichten und die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Hochschulen zu beenden. Die Steuererhöhungen könnten international koordiniert, schrittweise und begleitet mit Anreizen auf ganz anderen Ebenen verwirklicht werden. Welche Anreize? Kapitalbesitzende und hochbezahlte Spezialisten werden auch trotz höherer Steuern in einem Lande bleiben und dort ihre Steuern zahlen, wenn sie in diesem Land wenig Kriminalität begegnen, viel Lebensqualität genießen, eine gute Gesundheitsversorgung zur Verfügung haben, zahlreiche öffentliche Güter nutzen können etc. Denn all das können auch Finanzstarke nicht oder nur unvollständig durch Geld substituieren. Nicht nur soziale Gerechtigkeit, auch Steuererminderung ist im Denken der Menschen nur ein Ziel unter mehreren.

Soziale Gerechtigkeit ist relativ

Soziale Gerechtigkeit ist erstens relativ, weil sie in Konkurrenz zu anderen Zielvorstellungen und zu Nutzenerwägungen steht. So scheint es zum Beispiel im Arbeitsleben zu sein, wo der Markterfolg (Nutzen) nicht selten der individuellen Leistungsgerechtigkeit gegenübersteht, oder mehr soziale Ungleichheit, auch ungerechte, zugunsten von mehr Beschäftigung in Kauf genommen wird.

Soziale Gerechtigkeit ist zweitens aber auch relativ, weil oft Gerechtigkeitsansprüche unterschiedlicher Gruppen aufeinander treffen. Dies zeigt sich unter anderem angesichts der internationalen Migration aus Elendsgebieten in Wohlstandsstaaten. Ludger Pries stellt dies in seinem Beitrag „Transnationalisierung sozialer Ungleichheit und gerechte Migration“ klar heraus. „Gerechte Migration kann es nur geben, wenn die Interessen der Herkunfts- und Ankunftsländer sowie der Migrierenden selbst explizit Berücksichtigung finden. Gerechte Migration bedarf deshalb immer der Verhandlung und kollektiven Regulierung. (...) Es zeigt sich: Gerechte Migration absolut zu verwirklichen, ist so schwer, wie soziale Ungleichheit global abzuschaffen. Dies macht die Frage nach *relativ* mehr Gerechtigkeit bei Migration und sozialer Ungleichheit umso wichtiger“ (S. 180).

Schließlich ist soziale Gerechtigkeit drittens relativ, weil ganz verschiedene Arten sozialer Gerechtigkeit einander oft gegenüberstehen. Jeder Schullehrer weiß, dass die Leistungsgerechtigkeit der individuellen Förderung zugunsten der Chancengerechtigkeit im Wege stehen kann. Jeder Sozialpolitiker weiß, dass Bedarfsgerechtigkeit, also

die Schaffung von weniger sozialer Ungleichheit, nur dann zu finanzieren ist, wenn auch die Leistungsgerechtigkeit gefördert wird, also Belohnungen ungleich ausfallen. Daher heißt mein Fazit aus der Lektüre des facettenreichen Bandes und aus der Betrachtung der derzeitigen Entwicklung sozialer Ungleichheit: Soziale Gerechtigkeit ist immer relativ und stets Verhandlungssache. Deswegen schrieb Paul Nolte auch: Der „Streit um Gleichheit und Gerechtigkeit darf (...) nie aufhören.“ (S. 204)

Anmerkung

- 1 Deutsche Übersetzung: Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind (2010). Dieses Buch hat Stefan Liebig in GWP 3-2010 rezensiert.

Literatur

- Hradil, Stefan (2012): Soziale Ungleichheit. Eine Gesellschaft rückt auseinander, in: Ders. (Hrsg.; in Zusammenarbeit mit Adalbert Hepp): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2012, S. 155-188
- Hradil, Stefan (2015): Die wachsende soziale Ungleichheit in der Diskussion. Eine Einführung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft, Bonn: Bundeszentrale, Schriftenreihe Band 1576, S. 10-29
- Wilkinson, Richard G. / Kate Pickett (2009): The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone. London: Allen Lane

Schriftenreihe Politik und Kommunikation



Uwe Jun
Michael Jäckel (Hrsg.)

Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation

Schriftenreihe Politik und
Kommunikation, Band 2

2014. 205 Seiten. Hardcover.
44,00 € (D), 45,30 € (A)
ISBN 978-3-8474-0197-1

Die Mediengesellschaft bringt vielfältige neue Formen der politischen Kommunikation hervor. Wird Partizipation dadurch vereinfacht? Sind die BürgerInnen besser politisch informiert?

Der Band behandelt jüngste Entwicklungen des Verhältnisses von Politik und Medien. Gezeigt werden Kontinuitäten und Diskontinuitäten der letzten 20 Jahre. Im Vordergrund steht dabei die Frage, wie das Verhältnis politischer Partizipation und politischer Kommunikation sich aktuell ausgestaltet.

**Jetzt in Ihrer Buchhandlung
bestellen oder direkt bei:**



Verlag Barbara Budrich
Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7
51379 Leverkusen-Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594
Fax +49 (0)2171.344.693
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de